

Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **55 (1975-1976)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DAS VOLKSFRONT-GESPENST

Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst der Volksfront. Am Kongress der französischen Kommunisten in St-Ouen bei Paris wurde eifrig die Metamorphose der Partei zelebriert, der Diktatur des Proletariates abgeschworen und an den Repressionsmassnahmen des sowjetischen Regimes eine vorsichtig dosierte Kritik geübt. In Italien manifestiert sich immer stärker der Drang der Kommunisten zum *compromesso storico* mit der *Democrazia cristiana*. Die Impulse, welche diese beiden grossen Parteien geben, reichen über die Grenzen Italiens und Frankreichs hinaus in den benachbarten mediterranen Raum, vor allem nach Portugal und Spanien. Man wird nicht müde zu beteuern, dass sich innerhalb dieser kommunistischen Parteien ein eigentlicher *Gesinnungswandel* angebahnt habe, welcher ihnen eine neue Funktion als Ordnungsfaktor zuordne und sie damit regierungsfähig mache.

Niemand wird bezweifeln, dass die heutigen kommunistischen Parteien ihr Gesicht geändert haben. Die starre Ausrichtung auf Moskau hat sich seit den Zeiten des Stalinismus gelockert, die *Bewegungsfreiheit* ist grösser geworden. Der Kreml hat immer grössere Mühe, die Bruderparteien in jenen Ländern bei der Stange zu halten, die nicht unter dem direkten Zugriff des sowjetischen Machtstaates stehen. Andererseits hat die Politik der «Entspannung» zwischen Ost und West, wie sie seit Ende der sechziger Jahre praktiziert wird, in einigen Ländern West- und Südeuropas

manche Hindernisse und Vorbehalte abzubauen begonnen, die gegenüber den Kommunisten bestanden haben. Moskaus Parteigänger erscheinen nun plötzlich mancherorts als durchaus akzeptable innenpolitische Koalitionspartner, von denen man sich Mithilfe und Unterstützung beim Erreichen eigener Ziele und Forderungen erhofft. Die von ganz links bis weit über die Mitte reichende Volksfront wird wieder einmal zum Motor politischer und sozialer Reformprogramme.

Die Skepsis gegenüber dem Wiederaufleben dieses Trends gründet sich nicht allein auf Überlegungen des *déjà vu* aus den dreissiger und vierziger Jahren. Viel stärker stellt sich die Frage nach der *inneren Wahrhaftigkeit* des angeblichen Gesinnungswandels auf kommunistischer Seite. Hier aber sind kaum mehr als einige Ansätze zu verspüren, die überwiegend verbalen Charakter haben. Taktische Motive stehen eindeutig im Vordergrund. Der Griff nach der Macht – oder mindestens nach einem Teil von ihr –, jahrelang reine Illusion, rückt plötzlich in den Bereich des Möglichen. Zur Realisierung dieses Zieles lohnt sich ein flexibles Vorgehen, lockt doch am Ende dieses Weges die Rückkehr der Kommunisten in jene Positionen innerhalb der Regierungen, die sie 1947/48 hatten räumen müssen, als die Vereinigten Staaten dem sowjetischen Vordringen in Europa ihren Widerstand entgegengesetzt hatten.

Vorläufig steckt die neue Volksfront erst in ihren Anfängen und ist kaum

mehr als ein *Trend*, dem sich Länder mit grossen sozialen und politischen Strukturproblemen leichter öffnen als innerlich stabile Staaten. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusehen, dass eine Verstärkung des Volksfrontgedankens und seine Umsetzung in die politische Wirklichkeit einen zusätz-

lichen Faktor der *Unruhe* und der *Unsicherheit* in die politische Landschaft Europas bringen würde. Wer aus einer solchen Entwicklung letztlich den grössten Gewinn ziehen könnte, lässt sich leicht erahnen.

Alfred Cattani

ZURÜCK ZUR «POLITIK VON DER KANZEL»?

Wie der berühmte Blitz aus dem heiteren Himmel wirkte in der zweiten Februarwoche die Erklärung der katholischen Bischöfe zur Mitbestimmungsfrage auf die schweizerische Öffentlichkeit. Das hat verschiedene Gründe. Zunächst einmal verschärft sich das Klima des Abstimmungskampfs um die Initiative der Gewerkschaften zusehends. An öffentlichen Veranstaltungen werden Emotionen geweckt, wie dies sonst hierzulande nicht üblich ist. Aus dem «Mauerblümchen»-Thema des Jahres 1975, von dem eine Mehrheit der Bevölkerung laut Umfragen kaum etwas wusste oder wissen wollte, ist nun doch ein Politikum ersten Ranges geworden, bei dem immer deutlicher tiefe ideologische Gegensätze aufbrechen. Wenn auf diesem Hintergrund eine kirchliche Instanz ihre geistliche Autorität in direkte politische Meinungsbeeinflussung umzusetzen versucht, so wird dies naturgemäss auch entsprechend vermerkt.

Darüber hinaus ist man hierzulande besonders hellhörig, wenn es sich um Verlautbarungen der *katholischen Kirche* handelt. Das hat seine historischen Gründe. Konfessionelle Ausmarchungen auf politischer Ebene haben ihre tiefen Spuren in der Geschichte der Eidgenossenschaft hinterlassen. Und für

viele Bürger dieses Landes stellt die Auflockerung allzu verhärteter konfessioneller Fronten im politischen Alltag den vielleicht wichtigsten Fortschritt der letzten Jahrzehnte dar. Man nahm dankbar zur Kenntnis, dass die berichtigten politischen Kanzelpredigten in katholischen Kirchen der Vergangenheit angehörten (und bedauerte gleichzeitig augenfällig verstärkte Tendenzen zur Verpolitisierung der Kirche auf protestantischer Seite). Auch die Christlichdemokratische Volkspartei, deren Fraktion in der Bundesversammlung noch in den fünfziger Jahren offiziell «katholisch-konservativ» hiess, unternahm grosse Anstrengungen, um zu einem neuen «entklerikalierten» Stil hinzufinden. Um so grösseres Aufsehen musste die jüngste Erklärung der Bischofskonferenz im unmittelbaren Vorfeld einer eidgenössischen Abstimmung und zehn Tage vor der Parolenausgabe am Parteitag der Christlichdemokraten auslösen.

Darüber hilft auch die Tatsache nicht hinweg, dass die Verlautbarung keine eigentliche Parole enthält. Und noch viel weniger vermag einen die Feststellung des zuständigen Sekretärs der Bischofskonferenz zu beruhigen, wonach kein Bischof vom Datum des Parteitags etwas gewusst habe. Das sind

Sophistereien, die eines solchen Gremiums doch wohl unwürdig sind. Wenn ein prominenter CVP-Parlamentarier im Anschluss an die bischöfliche Erklärung betont hat, diese sei als persönliche Meinung der geistlichen Herren zu werten und könne keinesfalls als gewissensbindend für die Katholiken gelten, so dürfte dies zwar eine durchaus zutreffende Interpretation darstellen; doch ändert das nichts daran, dass die «Basis» zumindest verwirrt worden ist und die Erklärung der geistlichen Hirten nicht einfach als eine unter vielen unter den Tisch zu wischen vermag.

Aus dem Vorfall ergeben sich also Fragen und Feststellungen, die weit über den unmittelbaren Anlass hinausreichen. Zunächst hat er nachdrücklich unterstrichen, was sich schon lange an-

kündigte: die katholische Kirche arbeitet intensiver als auch schon auf gesellschaftspolitische Umstrukturierungen hin; die Mitbestimmung erscheint als eines der Mittel dazu. Im weitern stellt sich gebieterisch die Frage, ob es dem längerfristigen Interesse der Kirche entspricht, wenn Kirchenfürsten ihre geistliche Autorität in direkten politischen Einfluss bei konkreten Sachfragen umzumünzen suchen. Und schliesslich ist zu fragen, was für den parteipolitischen Alltag der Schweiz gewonnen ist, wenn die CVP als eine der grossen Regierungsparteien erneut ins Spannungsfeld überholt geglaubter klerikalistischer und konfessionalistischer Bestrebungen hineingezogen wird.

Richard Reich

... WENN ES DIE POLITISCH HERRSCHENDEN NICHT WOLLEN

«Arbeitslosigkeit muss nicht sein, wenn es die politisch Herrschenden nicht wollen.» Dieser Satz gelang einem bekannten Wirtschaftswissenschaftler unseres Landes, der zudem noch an verantwortlicher wirtschaftspolitischer Stelle tätig ist. Er stammt aus dem Wortschatz eines Mannes, der im Blick auf seine Parteizugehörigkeit und seiner Publikationen über jedem Zweifel steht, als «linker Springinsfeld» abgestempelt zu werden. Die leichte Systemkritik, die mit roten Seifenblasen den Weg in eine bessere, in eine humanere Zukunft ebnen möchte, ist hier wohl nicht im Spiel. Ein rhetorischer Unglücksfall also? Eine Äusserung, hinter der etwas «ganz anderes» steckt, als der unbefangene Leser auf den ersten Blick glaubt annehmen zu können? Eine

blosse Ungeschicklichkeit? Vielleicht!

Jedenfalls hat diese Sentenz *Schlagzeilen* gemacht und sogar eine – durchaus begreifliche – bundesrätliche Antwort provoziert. Verständlich, dass sich jene, die sich zu den «politisch Herrschenden» zählen, «angesprochen», ja herausgefordert fühlten. Prof. Würigler hat es leider unterlassen, diesen Satz in der Folge zu interpretieren, ihn auszuliegen und ihm jenen Sinn zu geben, der seiner Verdeutlichung dienlich gewesen wäre. In der kühlen Abruptheit, in der er geäussert worden ist, *musste* er schockieren, *musste* er auch jene Presse auf den Plan rufen, die immer sehr rasch bereit ist, Informationen nach ihrer Publikumswirksamkeit zu selektionieren und zu «verarbeiten».

Es ist anzunehmen, dass Prof. Würig-

ler heute, nachdem er die Reaktion auf seine Äusserung kennt, vermutlich subtilere Worte gebrauchen würde. Er hat erfahren müssen, dass «Missverständnisse» dieser Art ihre Konsequenzen haben können. Und er hat wohl aus diesem Grunde nicht gezögert, seine Formulierung als «Sündenfall» zu bezeichnen.

Auch Würgler weiss, dass wirtschaftliche Schwankungen zur Realität des Wirtschaftslebens gehören. Und er ist nicht jenen Modell- und Reissbrett-Theoretikern zuzurechnen, die da glauben, man brauche nur auf einen wirtschaftspolitischen Knopf zu drücken, um die Dinge wieder ins Lot beziehungsweise ins Gleichgewicht zu bringen. Die Vorstellung der Machbarkeit, der exakten Steuerbarkeit der Wirtschaft gehört ins Reich der Illusionen.

Auf der andern Seite ist es aber auch wieder nicht so, dass der wirtschaftliche Zustand eines Landes allein als «Macht des Schicksals» zu verstehen wäre. Die wirtschaftliche Entwicklung basiert auf dem Ursache-Wirkung-Prinzip. Und wenn, durch diese Optik betrachtet, Würglers «politisch Herrschende» nicht als Personen, sondern als ein höchst differenziertes und streckenweise auch kompliziertes Procedere der wirtschaftspolitischen Meinungsbildung verstanden wird, hinter dem Gruppen von Menschen mit ihren *verschiedenen Prioritäten* stehen, dann lässt sich im Rückblick eine ganze Reihe von Entscheiden identifizieren, die zweifellos zum rezessiven Einbruch beigetragen haben. Eine sorgfältige und emotionslose Analyse würde vermutlich zum Vorschein bringen, dass die nationalen und internationalen Sündenfälle der Wirtschaftspolitik nicht leicht wiegen.

Es gibt wohl niemanden in unserem Lande, der des Glaubens wäre, die schweizerische Wirtschaftspolitik habe in den vergangenen zehn Jahren «optimal» agiert. Insoweit aber die Auffassung besteht – und sie liesse sich mit guten Gründen belegen –, dass die schweizerische Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit Entscheide getroffen oder eben *nicht* getroffen hat, die ursächlich mit dem heutigen Zustand in Zusammenhang gebracht werden können, ist die Frage nach einer entsprechenden *Korrektur des Systems* beziehungsweise seiner Entscheidungsmechanik sicherlich legitim. Wer diese simple Folgerung nicht zu akzeptieren bereit ist, verschliesst sich jenem notwendigen Lernprozess, der vom Lehrmeister der tatsächlichen Entwicklung gratis und franko ins Haus geliefert wird.

Es gibt hierzulande wohl aber auch niemanden, der die Auffassung vertreten würde, die Schweiz könnte ihr wirtschaftliches Haus autonom, sozusagen in eigener Regie, in Ordnung bringen. Dazu ist unsere weltwirtschaftliche Abhängigkeit zu gross. Aus diesem Grund ist die schweizerische Wirtschaftspolitik immer nur beschränkt aktions- und wirkungsfähig. Die «politisch Herrschenden», die Prof. Würgler auf die Anklagebank setzte, tragen also nicht nur die schweizerische Staatsbürgerschaft. Es handelt sich um eine internationale «Verschwörung».

Wollte Prof. Würgler diesen Aspekt ins Licht stellen? Dann wäre eigentlich nichts gegen seine Argumentation einzuwenden – es sei denn seine zugegebenermassen pointierte und missverständliche Ausdrucksweise.

Willy Linder